

Pressemitteilung

Offshore-Wind und ‚grüner‘ Wasserstoff – was 2022 wichtig wird und was bis 2030 passieren muss

WAB-Mitglieder diskutieren mit politischen Entscheidungsträger*innen aus Norddeutschland über Offshore-Wind und „grünen“ Wasserstoff

Bremerhaven, 28. Januar 2022 – Auf Einladung der WAB präsentierten in dieser Woche in einer von WAB-Geschäftsführerin Heike Winkler moderierten Online-Diskussionsrunde politische Entscheidungsträger*innen aus Norddeutschland ihre Impulse zu der Frage: „Offshore-Wind und ‚grüner‘ Wasserstoff - was wird 2022 wichtig und was muss bis 2030 passieren?“. Zum WAB-Stammtisch waren eingeladen: Kristina Vogt, Bremer Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, Olaf Lies, Niedersächsischer Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz und Tobias Goldschmidt, Staatssekretär im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein.

„Die Offshore-Windbranche steht mit den neuen Plänen der Bundesregierung für einen Ausbau auf 30 Gigawatt bis 2030 und 40 Gigawatt bis 2035 nach der Ausbaufaute der letzten Jahre vor einer riesigen Herausforderung“, sagte der WAB e.V.-Vorstandsvorsitzende Jens Assheuer. Die dafür notwendigen Investitionen betrachtet er gleichzeitig als riesige Chance, auch für kleine und mittelständische Firmen. „Gerne begleiten und unterstützen wir als WAB unsere Mitglieder dabei, diese Chance zu ergreifen“, so Assheuer. Für die nun erforderliche Geschwindigkeit gehe es darum, „den Boom, den wir schon einmal hatten, nicht nur zu wiederholen, sondern zu toppen“.

Die Bremer Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt betonte in ihrem Impulsbeitrag ebenfalls, dass sie für die Offshore-Windbranche eine „Wiedergeburt auf hohem Niveau“ erwarte. Für die Umsetzung der neuen Offshore-Wind-Ziele müsse die Offshore-Windbranche über einen Zeitraum von 20 Jahren im Schnitt 3 GW pro Jahr installieren, deutlich mehr als im bisherigen Rekordjahr. Jetzt sei ein „Fließbandsystem“ für den künftigen Ausbau notwendig. Zudem müsse rasch der Verlust an Fachkräften und damit an Know-how ausgeglichen werden, der durch die Ausbaulücke der letzten Jahre entstanden sei. Die norddeutsche Zusammenarbeit in der Wasserstoffstrategie sei richtig, so Vogt weiter, auch wenn Wasserstoff zu einem großen Teil importiert werden müsse. Eine Erzeugung in Deutschland hält sie aus strategischen Gründen für unersetzlich. Nur mit einem heimischen Erzeugungsmarkt ließen sich, auch mit den notwendigen Kompetenzen im Anlagenbau, die Wasserstoffwirtschaft entwickeln und die Sektorenkopplung optimal nutzen. Wenn es gelinge, schnell die notwendige Infrastruktur zu bauen und Projekte zu starten, vor allem für die CO₂-Reduzierung in der Industrie, biete die Wasserstoff-Wirtschaft eine große Wertschöpfungschance. Um schneller voranzukommen, müsse der Staat anfangs den Investitionsbedarf unterstützen.

Für die Pläne der Bundesregierung, bis 2045 klimaneutral zu werden, könne Offshore-Windenergie einen wichtigen Beitrag leisten, sagte Olaf Lies. Der dafür notwendige Netzausbau müsse intelligent geplant werden, als Netzwerk und nicht nur als Verbindung zwischen jeweils zwei Orten. Ein wichtiger Schritt sei zudem, die künftige Netzentwicklung für Strom und Wasserstoff integriert zu betrachten – auch um zu ermitteln, wo Wasserstoff idealerweise produziert werden kann. Der notwendige Leitungsausbau müsse gut erklärt werden. Für eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sollten die Energieminister prüfen, ob es sinnvoll sei, im Küstenmeer nach

einem Raumordnungsverfahren im anschließenden Planfeststellungsverfahren „noch einmal alles zu hinterfragen“.

Der Kieler Energiewende-Staatssekretär Tobias Goldschmidt sprach sich dafür aus, Leitungen in „Hubs“ zu bündeln und dort Wasserstoff zu erzeugen, wo der Strom angelandet werde, um den Übertragungsbedarf zu minimieren. Wasserstofferzeugung im großen Maßstab sei vor allem ein Thema für Norddeutschland. Niemand wolle dem Süden verbieten, Wasserstoff-Elektrolyseure zu betreiben – aber das werde dort „nicht im Gigawattbereich passieren“, so Goldschmidt. Beim Offshore-Wind-Ausbau von 30 GW bis 2030 geht es für Goldschmidt vor allem um Geschwindigkeit, während der langfristige Ausbau auf 70 GW bis 2045 vor allem ein Thema der Schutzgüter sei. Die Diskussion über eine Ko-Nutzung sei wichtig, da es für den Naturschutz und die Belange der Fischerei ebenfalls sehr gute Argumente gebe. Um die Ausbauziele zu erreichen, gehe es künftig darum, das Ressortdenken zu überwinden und gute Lösungen zu finden.

„Die Weichen für den Klimaschutz und den weiteren Ausbau der Offshore-Wind Wertschöpfungskette sowie den Aufbau einer ‚grünen‘ Wasserstoffwirtschaft können nur im engen Dialog der Offshore-Windbranche mit der Politik in der erforderlichen Geschwindigkeit zielführend gestellt werden“, zieht WAB-Geschäftsführerin Heike Winkler ein Fazit aus der Diskussion. „Der transparente und konstruktive Dialog von WAB-Mitgliedern mit den politischen Entscheidungsträger*innen aus Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein ist gerade jetzt besonders wichtig“, so Winkler.

Gelegenheiten bieten dazu der nächste WAB-Stammtisch am 21. April – hoffentlich als Präsenzveranstaltung – sowie die 18. WINDFORCE Conference vom 20.-22. Juni, auf der in diesem Jahr das 20-jährige Jubiläum der WAB gefeiert wird (www.windforce.info)

Über WAB e.V.:

Die WAB mit Sitz in Bremerhaven ist bundesweiter Ansprechpartner für die Offshore-Windindustrie, das Onshore-Netzwerk im Nordwesten und fördert die Produktion von "grünem" Wasserstoff aus Windstrom. Dem Verein gehören rund 250 kleinere und größere Unternehmen sowie Institute aus allen Bereichen der Windindustrie, der maritimen Industrie sowie der Forschung an. www.wab.net

Kontakt:

Hans-Dieter Sohn | Senior Communications and Marketing Manager WAB e.V. | +49 173 2382802 | hans.sohn@wab.net